

Der Vollzugsdienst

4-5/2020 – 67. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Politischer Aktionismus zum Schutz der Demokratie ?

Protest gegen geplantes Meldesystem des Berliner Justizsenators

Seite 1

1990 - 2020: BSBD Brandenburg besteht seit 30 Jahren

Am 15. September 1990 fand der erste Vertretertag statt

Seite 30

Abschiebehafteinrichtung in Darmstadt aus dem Boden gestampft

Neues Haftgebäude mit 80 Haftplätzen kurz vor der Fertigstellung

Seite 41



Foto: © Sven Skultety

Personalratswahl 2020

BSBD NRW – Deine berufliche Zukunft in guten Händen

Lesen Sie mehr dazu auf Seite 55 in dieser Ausgabe



BUNDESHAUPTVORSTAND



BREMEN



HAMBURG

INHALT


BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Politischer Aktionismus zum Schutz der Demokratie?
- 2 Abschließende Worte zum Revisionsurteil des BGH
- 3 Elon Musk und der Justizvollzug – Betrachtungen zum dritten Einstiegsamt
- 4 Präsenzsitzung der Bundesleitung – Informationsaustausch mit dem Ortsverband Fulda
- 6 dbb Bundesfrauenvertretung: Generationswechsel in turbulenten Zeiten
- 7 Erhöhung der Pauschbeträge war überfällig
- 8 Der Justizvollzug und die Corona-Krise

LANDESVERBÄNDE

- 9 Baden-Württemberg
- 23 Bayern
- 26 Berlin
- 30 Brandenburg
- 34 Bremen
- 37 Hamburg
- 41 Hessen
- 50 Mecklenburg-Vorpommern
- 54 Niedersachsen
- 55 Nordrhein-Westfalen
- 69 Rheinland-Pfalz
- 75 Saarland
- 79 Sachsen
- 81 Sachsen-Anhalt
- 87 Schleswig-Holstein
- 88 Thüringen
- 91 Fachteil
- 79 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion



Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaeftsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 6/2020:



8. Dezember 2020

Rheinland-Pfalz und Saarland und die Corona Pandemie

Keine Kritik an Bediensteten der Justizstandorte, die mit viel kollegialer Empathie Stoffmasken genäht haben

Die Vertreter der gemeinsamen Arbeitsgruppe des BSJ Saarland und des BSBD Rheinland-Pfalz trafen sich zu einer ersten Sitzung nach Beginn der Corona-Krise.

Zunächst berichteten die Anwesenden über die Maßnahmen zur Bewältigung der Pandemie in den beiden Bundesländern. Einigkeit bestand darüber, dass man mit einem „blauen Auge“ an einer größeren Katastrophe vorbeigekommen ist.

Kritisiert wurden von den rheinland-pfälzischen Kollegen die sehr unterschiedlichen Maßnahmen in den einzelnen Vollzugseinrichtungen.

Eine zentrale Steuerungsstelle gab es nicht. Jede Einrichtung musste selbst entscheiden, wann und wie man die Pandemie in den Griff bekommt. Gutes Beispiel waren da die Schutzmasken. In der einen Anstalt wurden selbstgenähte Masken den Bediensteten zur Verfügung gestellt, in der anderen Anstalt wurden Masken aus Altmaterial genäht und an die Bediensteten ausgegeben. Nicht unbedingt ein Zeichen der Wert-

schätzung. Die Kolleginnen und Kollegen der Polizei erhielten einheitliche Masken aus blauem Stoff, passend zur Dienstbekleidung mit dem aufgedruckten Polizeistern. Die Kollegen aus dem Saarland waren auch bei den Masken etwas professioneller ausgestattet als ihre Kolleginnen und Kollegen im Nachbarland.

Mit Interesse lauschten die Kollegen des **BSBD RLP** den Ausführungen des saarländischen Kollegen über die Bewältigung der Corona-Krise in dem kleinen benachbarten Bundesland.

Anmerkung der Redaktion

Der Verfasser des Berichtes möchte aus gegebener Veranlassung auf nachfolgendes hinweisen: In meinen Ausführungen zum obigen Artikel habe ich lediglich auf die Situation der Schutzmasken für die Bediensteten hingewiesen. Angestrebt war nach Mitteilung des Ministeriums die Ausstattung der Bediensteten mit FFP2 Masken.

Wären die geplanten Beschaffungsmaßnahmen des Ministeriums umgesetzt worden, wäre die Notwendigkeit

Masken zu nähen minimiert worden. Die Bediensteten in Wittlich und den anderen Justizvollzugsstandorten, die engagiert und mit viel kollegialer Empathie die Stoffmasken genäht haben, wollten wir nicht kritisieren oder ihre Leistung in Frage stellen. Ihnen muss unser aller Dank gelten. Die Kritik unserer Gewerkschaft geht in Richtung des Ministeriums.

Nachdem die Beschaffung von „Drittmasken“ für Bedienstete offensichtlich nicht – wie geplant – umgesetzt werden konnte, haben dankeswerterweise die Kolleginnen und Kollegen in den Arbeitsbetrieben mit den selbstgenähten Schutzmasken für Abhilfe gesorgt.

Wir wollen keine Schnickschnack-Masken mit Polizeistern, aber wir wollen als Bedienstete von unserem Dienstherrn so behandelt werden wie alle übrigen Angehörigen im öffentlichen Dienst unseres Landes.

Ich bin mir sicher, dass die Kolleginnen und Kollegen in unseren Betrieben auch mit zentral beschafften „Zutaten“ (blauer Stoff etc.) ein Superprodukt abgeliefert hätten. ■

Beförderungsblockade muss aufgehoben werden

Probleme der Laufbahn standen im Vordergrund

Nach fast einjähriger Pause trafen sich die Mitglieder der BSBD Arbeitsgruppe „ Sozialer Dienst“ in Kaiserslautern zu einer Arbeitssitzung.

Unter Beachtung der Corona-Auflagen wurden von den Kolleginnen und Kollegen der Laufbahn die aktuellen Probleme erörtert. Zunächst aber wurde sich sehr intensiv über die Bewältigung der Pandemie in rheinland-pfälzischen Justizvollzug ausgetauscht.

Sehr schnell stand fest, dass jede Vollzugseinrichtung unseres Landes mit mehr oder weniger angemessenen Maßnahmen der Pandemie entgegengetreten ist. Anschließend aber standen die Probleme der Laufbahn im Vordergrund. Nach einer sehr erfreulichen Entspannung der Beförderungssituation im Haushaltsjahr 2019 – die auch von den Anwesenden sehr positiv gesehen wurde – hat sich aber derzeit ein Beförderungsstau im Bereich der A 9 nach der A10 gebildet. Einige junge Kolleginnen und Kollegen warten hier auf ihre erste Beförderung. Weitere Themen waren auch die Bereitstellung

von Homeoffice-Arbeitsplätzen für Mitarbeiter/innen des Sozialen Dienstes in den Vollzugseinrichtungen. Hier beabsichtigt die AG eine Bedarfsermittlung. Im einem der nächsten Treffen soll die weitere Vorgehensweise festgelegt werden. ■



Hagen Paulus, Fachgruppenvertreter Sozialer Dienst. Foto: BSBD RLP

„Mit Abstand die Coolsten“

Arbeitsgruppe „Junge Bedienstete“ tagt in der JVA Koblenz

Immer noch beschäftigt uns die Corona-Krise, welche das Wiedersehen zu unserer letzten Sitzung weniger herzlich ausfallen lies.

Nach einer Begrüßung durch die Anstaltsleiterin der JVA Koblenz, **Frau Kästner** und dem Leiter der Personalabteilung **Herrn Gewehr**, die sich sehr für die Arbeit der AG interessieren und diese wertschätzen, gab es im Anschluss einen kurzen Überblick über die aktuellen Themen im Land von unserem Landesvorsitzenden **Winfried Conrad**.

Trotz der aktuellen Lage haben wir uns erneut für ein Treffen unserer AG stark gemacht, welches am 27. August 2020 in der JVA Koblenz stattfand.

Bei diesem Treffen standen unter anderem folgende Punkte zur Diskussion:

- Ausbildungsverkürzung
- Infomappe
- Seminar für junge Bedienstete

Dem Thema Ausbildungsverkürzung steht die AG nach wie vor sehr kritisch gegenüber. Grund hierfür ist unter anderem die Wirkung der Stellung



V.l.n.r.: Stefan Wagner (JVA WIL), Thomas Jakobs (JVA TR), Laura Rogenwieser (JVA FT), Stephan Reinhard (JVA KO), Lena Follmann (JVA WIL), Susanna Ernst (JVA KO), Lisa Siegwart (JSA SF). Es fehlen: Ramona Fein (JVA KO) & Tjana Straßmann (JVA RB). Foto: Lena Follmann

eines/einer Justizvollzugsbeamten/Justizvollzugsbeamtin in der Gesellschaft.

Verschiedene Lösungsangebote, um die Ausbildung ohne Verkürzung in Theorie und Praxis in anderer Art und Weise attraktiver zu machen, sind beispielsweise:

- die Erhöhung des Anwärtersonderzuschlages
- Zweigstelle der Justizvollzugsschule im Bereich Frankenthal/Ludwigshafen/Schifferstadt
- Verkürzung der Probezeit

Infomappe ist im letzten Entwurfsstadium

Unsere Infomappe als Leitfaden für neue Kolleginnen und Kollegen befindet sich im letzten Entwurfsstadium. Nach aktuellem Sachstand soll diese im Januar 2021 fertig sein.

Fahrt der Ü 60 auf 2021 verschoben

Reiseziel und Programm soll unverändert bleiben

In einer Sitzung der AG P 60 haben die Mitglieder beschlossen, die für Dezember geplante Fahrt um ein Jahr zu verschieben.

Unter dem Eindruck der Corona Pandemie war es nicht zu verantworten, mit einer Busgruppe auf Reisen zu gehen. Reiseziel und Programm sollen unverändert bleiben. Reiseziel ist die Insel Reichenau im Bodensee. Programmschwerpunkte sind neben dem Besuch einiger Weihnachtsmärkte auch ein Abstecher über die Grenze nach Österreich in die Brennerei Prinz. Geplant ist auch ein abwechslungsreiches Abendprogramm.

Ein weiteres Ereignis steht vor der Tür. Wir hoffen und bangen, dass unser Seminar:

„Stress, Drogen und der Islam!“ – Die Herausforderungen an den Justizvollzug in Rheinland-Pfalz und an die „Junge Bedienstete“ im Justizvollzug!

welches mit viel Hingabe und Leidenschaft von uns geplant und organisiert wurde, stattfinden kann.

Aufgrund andauernder Sanierungsarbeiten in der Jugendherberge St. Goar ist es dieser leider nicht möglich, unser Seminar auszurichten. So erfolgte eine kurzfristige Verlegung in die Jugendherberge nach Oberwesel.

Erste Auflage des Gesetzbuches ist im Umlauf

Eine weitere erfreuliche Nachricht ist, dass sich unser Gesetzbuch nun endlich

im Umlauf befindet. Nicht nur bei Kolleginnen und Kollegen im AVD, sondern auch bei den Kollegen der Fachdienste und des gehobenen Dienstes kam unsere 1. Auflage super an.

An dieser Stelle geht ein herzlicher Dank an unseren Landesverband, der uns durch finanzielle Unterstützung bei der Umsetzung dieses Projektes geholfen hat.

Solltet ihr Wünsche, Anregungen, Verbesserungsvorschläge oder Fragen haben, könnt ihr euch gerne mit uns in Verbindung setzen.

Ihr erreicht uns bei **Facebook:**

[bsbd junge bediensteterlp](https://www.facebook.com/bsbd.junge.bediensteterlp)

Instagram:

[BSBD junge bediensteterlp](https://www.instagram.com/bsbd.junge.bediensteterlp)

und auch per E-Mail:

bsbdjungebediensteterlp@gmail.com.

[com](https://www.com).

Lena Follmann

Ein weiterer Erörterungspunkt war der Entwurf eines Schreibens an die Kolleginnen und Kollegen, die kurz vor der Pensionierung stehen. In dem Schreiben sollen die zukünftigen Ruheständler darauf hingewiesen werden, dass ihre Gewerkschaft ihnen auch in diesem Lebensabschnitt bei Problemen zur Seite steht neben den aktuellen Informationen in versorgungs- und beihilferelevanten Angelegenheiten.

Die AG-Mitglieder waren unisono der Auffassung, dass sich selbstverständlich auch eine Mitgliedschaft nach der aktiven Dienstzeit – auch aus dem Gesichtspunkt der Kollegialität und Solidarität – lohnt.



Ambrosius Luzius, Fachgruppenvertreter Pensionäre. Foto: BSBD RLP

BSBD-Landesvorstand sprach mit der Spitze der FDP-Fraktion

Nächster Gesprächstermin vor den nächsten Haushaltsberatungen geplant

Lange geplant, aber durch Corona immer wieder verschoben, konnten die Mitglieder des BSBD-Landesvorstandes mit den Fraktionsspitzen der rheinland-pfälzischen FDP doch ein Gespräch führen. Alle waren sich einig, dass dieser Präsenstermin im Abgeordnetenhaus in Mainz nach Lockerungen der Corona-Auflagen endlich auch für eine entspannte und gewohnte Gesprächsatmosphäre sorgte.

Von Seite der FDP waren anwesend die Fraktionsvorsitzende **Cornelia Willius-Selzer** und der FDP-Abgeordnete und Mitglied im Rechtsausschuss **Thomas Roth**. Mitgebracht haben die Abgeordneten die zuständige Referentin für den Justizbereich **Frau Schuster**.

Landesvorsitzender **Winfried Conrad** dankte zunächst dem Abgeordneten **Thomas Roth** für sein umgesetztes Versprechen. Bei dem letzten Treffen des BSBD und **Herrn MdL Roth** stellte dieser den Besuch aller Justizvollzugseinrichtungen des Landes in Aussicht.

mie auf die einzelnen Justizvollzugseinrichtungen.

Kritik übten die **BSBDler** an den doch sehr unterschiedlichen Maßnahmen, die zum Schutz der Gefangenen und der Bediensteten in den Vollzugseinrichtungen ergriffen wurden.

Conrad: „Bisher „mit einem blauen Auge“ davongekommen“

„Wir hatten bisher großes Glück“ kommentierte **Landesvorsitzender Conrad** die derzeitige Lage im rheinland-pfälzischen Justizvollzug. Nur der großen Disziplin der Bediensteten – auch bei Kontakten im privaten Bereich – ist es zu verdanken, dass wir bisher „mit einem blauen Auge“ davongekommen sind, so **Conrad**. Die Fraktionsvorsitzende **Cornelia Willius-Selzer** und **Thomas Roth** bedankten sich für das Engagement aller Bediensteten im Strafvollzug unseres Landes.

Ein weiterer Schwerpunkt des Gesprächs war die personelle Situation fast aller Laufbahnen im Justizvollzug. Einen gigantischen Berg von Überstun-

Zuletzt sprachen die Landesvorstandsmitglieder, von denen auch fast alle in Personalräten tätig sind, die Zusammenarbeit zwischen den Personalvertretungen und dem Ministerium an. Zurzeit ist nicht erkennbar, dass die Spitze der Abteilungsleitung im Ministerium der Justiz an der sogenannten „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ ein Interesse hat.

Unbefriedigende Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde

Die Mitglieder des Hauptpersonalrats unter den anwesenden Gesprächsteilnehmern berichteten über eine mehr



Von links nach rechts: Bruno Vogt, Hans Dieter Gattung, LV Winfried Conrad, Enrico Böhme alle BSBD, MdL Cornelia Willius-Selzer FDP, Michael Schäfer, Mark Schallmo BSBD. Foto: BSBD RLP

Bis auf die JVA Diez – deren Besuch aber noch erfolgen soll – hat er alle Justizvollzugseinrichtungen besucht.

Auch sein Einsatz und Engagement für Verbesserung der Unterbringung der Anwärterinnen und Anwärter in der JVA Schule Wittlich wurde von den Gewerkschaftlern positiv gewürdigt.

Zunächst berichteten die fünf **BSBD-Landesvorstandsmitglieder** den Politikern über die aktuelle Lage bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pande-

den schieben die Kolleginnen und Kollegen des AvD vor sich her, mahnten die Vorstandsmitglieder des **BSBD**. Hier ist dringender Handlungsbedarf des **Ministers (FDP)** und des Justizministeriums gefordert. Wenn nicht alsbald dem weiterhin anzunehmenden Anstieg der Überstunden Einhalt geboten wird, wird die personelle Lage unbeherrschbar und damit auch die Sicherheit in den Gefängnissen tangiert, so die Gewerkschaftsvertreter.



MdL Cornelia Willius-Selzer und MdL Thomas Roth beide FDP. Foto: BSBD RLP

als unbefriedigende Zusammenarbeit mit der Aufsichtsbehörde. Sie brachten aber auch zum Ausdruck, dass nach ihren Empfindungen sowohl **Staatsminister Mertin (FDP)** als auch **Staatssekretär Fermis (FDP)** weiterhin mit den Personalvertretungen und auch mit den Gewerkschaften eine für alle Seiten dienliche Zusammenarbeit anstreben.

Nachgeordnete Entscheidungsträger sehen dies aber offensichtlich anders, kommentierten die Gewerkschaftler die derzeitige Lage gegenüber den **FDP-Politikern**.

Dennoch sind wir jederzeit gerne bereit, den Dialog weiter fortzusetzen. Kritische Wertungen und das Vertreten einer kontroversen Meinung gegenüber der Arbeitgeberseite gehöre nun mal zu dem gesellschaftlichen Miteinander in unserer Republik. Dies bestätigten auch die Politiker. Vereinbart wurde, sich im Herbst vor den Haushaltsberatungen zu einem weiteren Gesprächstermin zu treffen.

BSJ Saarland, BSBD RLP und der Ortsverband Zweibrücken hatten eingeladen

Gemeinsame Pressekonferenz in Zweibrücken

Justizvollzugsbedienstete schieben enorme Überstundenberge vor sich her

Die BSBD Landesverbände Saarland und Rheinland-Pfalz hatten zusammen mit Vertretern des Ortsverbandes zur Pressekonferenz in das Hotel Fasanerie in Zweibrücken eingeladen.

Hauptthema waren die enormen Überstundenberge, die die Bediensteten des Allgemeinen Vollzugsdienstes in Rheinland-Pfalz vor sich herschieben. Derzeit sind es über 213.000 Stunden. Bei Zuzählung der ausgezahlten Stunden der letzten Jahre sind es über 344.000 Stunden. Selbst Minister Meritin hat nach Aussage eines Pressevertreters gegenüber der dpa eingeräumt, dass Rheinland-Pfalz in Sachen Überstundenstand die „pool position“ hat. Die Überstundenentwicklung der JVA Zweibrücken erläuterte der OV-Vorsitzende



Ortsverbandsvorsitzender Lars Mai.



Von links nach rechts: Kollegin Christine Jurgielewicz, LV Winfried Conrad, LV Markus Wollscheid, Kollege Brill. Fotos (2): BSBD RLP

zende Lars Mai. Er zeigt auf, dass in den nächsten Jahren die Hälfte des AvD's in den Ruhestand gehen wird. Nicht alle Kolleginnen und Kollegen werden – wie früher üblich – sofort durch eine neue Kraft ersetzt.

Landesvorsitzender Winfried Conrad berichtete über die landesweite Situation im personellen Bereich, sein Kollege Markus Wollscheid über die saarländische Lage. Conrad stellte fest, dass trotz Arbeitsverdichtung und neuen Herausforderungen in den letzten Jahren Personal abgebaut wurde. Waren es im Jahr 2011 noch 1.866 Stellen im AvD, so sind – Stand 2019 – es nur noch 1.791 Stellen. Grundlage der jetzigen Schieflage im personellen Bereich waren die völlig unzureichenden Einstellungen in den Jahren 2013 und 2014. 2013 waren es 16 Anwärter-

rinnen und Anwärter, die ihre Ausbildung begonnen hatten, 2014 waren es 20 Kolleginnen und Kollegen. In den Vorjahren und auch in den Jahren ab 2015 lagen die Zahlen zwischen 60 bis 87 Berufseinstiegern im AvD. Die Feststellungen der jetzig politisch Verantwortlichen im Ministerium stimmen, dass die Fehlentwicklungen im personellen Bereich vor ihrer Amtszeit lagen. Festzuhalten ist jedoch, der Minister ist seit 2016 im Amt. Im März 2021 wird nach fünf Jahren erneut ein Landtag gewählt. Rund 4,5 Jahre hat man gebraucht, um die Problematik mit einer Neukonzeption der Ausbildung für das 2. Einstiegsamt – AvD – anzugehen.

Da ist es wohl nachvollziehbar, dass die „üblich Verdächtigen“ der Gewerkschaften und der Personalvertretungen sich mal kritisch zu Wort melden. ■

Auch der Ortsverband Frankenthal sagte: Danke!

Hier das Schreiben des Ortsverbandsvorsitzenden an alle Kolleginnen und Kollegen der JVA Frankenthal

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Der BSBD-Ortsverband Frankenthal möchte sich bei allen Bediensteten der JVA Frankenthal für die Zusammenarbeit und ihren unermüdlichen Einsatz in der Corona Zeit bedanken.

Die letzten Monate waren für unsere Belegschaft und deren Familien im dienstlichen, sowohl auch im privaten Bereich eine große Herausforderung.

Außerhalb der Mauern nähern wir uns langsam einem (normalen) Alltag entgegen. Im Beruf jedoch gilt immer noch bedachtsam zu agieren, um die Infektion soweit wie möglich fernzuhalten.

Der BSBD möchte sich in Form von einem kleinen Frühstück bei Euch allen bedanken. Jeder Bedienstete hat die Möglichkeit, sich bei der IG Kantine einmalig zwei belegte Brötchen



seiner Wahl zu bestellen. Wir hoffen damit zumindest eine kleine Anerkennung für die erbrachten Leistungen unserer Kollegen zu zeigen.

Simon Zielonka, Vorsitzender, BSBD OV Frankenthal ■

Werbung für den Erhalt der JVA Trier

Vertreter des OV Trier treffen sich mit MdL Lothar Rommelfanger (SPD)

Von Seiten der Kollegen Ternes und Komes wurde bei Herr Rommelfanger dafür geworben, wie man trotz des Ministerratsbeschlusses der jetzigen Landesregierung den Erhalt der JVA Trier erreichen kann.

Auch zeigt aus Sicht der Gewerkschaftler die gegenwärtige Corona-Krise, dass es sinnvoll ist, mehrere Standorte für Vollzugsanstalten in Rheinland-Pfalz zu haben. Ein Ausbruch eines Pandemieereignisses in einer – wie in Wittlich geplanten Anstalt mit fast 1.000 Gefangenen – wäre schlichtweg eine Katastrophe für den gesamten Vollzug in Rheinland-Pfalz.

Letztlich haben die Kollegen die Meinung vertreten, dass man die von den Gewerkschaftern geschätzte Bausumme für die Sanierung des „Altbaus“ in Wittlich – nach jetzigen Stand mindestens 60 bis 70 Millionen Euro – in sinnvollere und notwendige Maßnahmen zur Stärkung unseres Landes der Menschen und der Wirtschaft in der Corona Krise verwenden sollte. ■



MdL Lothar Rommelfanger (links), Stefan Ternes (rechts). Foto: Rommelfanger (OV Trier)

Minister hat Verständnis für Bedenken und zeigt sich gesprächsbereit

Rechtsausschuss befasste sich am 20. August 2020 mit der geplanten Ausbildungsreform

Einen Tag vor der Pressekonferenz der Vollzugsgewerkschaften aus Rheinland-Pfalz und dem Saarland in Zweibrücken hatte Minister Mertin die Pressevertreter ins Ministerium der Justiz eingeladen.

Thema des offensichtlich kurzfristig anberaumten Termins ist die Absicht, die Ausbildung des Allgemeinen Vollzugsdienstes zu modernisieren und neu zu strukturieren.

Das Ministerium beabsichtigt die Ausbildung im Bereich des 2. Einstiegsamtes – AvD – um sechs Monate auf insgesamt 18 Monate Ausbildungszeit zu reduzieren.

Diese Entwicklung trifft nachvollziehbar nicht auf die Gegenliebe der Gewerkschaft BSBD und der Personalvertretungen.

Dankenswerterweise zeigt der Minister aber auch Verständnis für die Kritik der Vollzugspraktiker und zeigt sich über die Beibehaltung der Zweijahresausbildung gesprächsbereit.

Über die Veröffentlichungen der Pressemitteilungen und des Schreibens der Gewerkschaft an die rheinland-pfälzischen Abgeordneten im SharePoint sind wir unter dem Hintergrund der vollumfänglichen Information aller Kolleginnen und Kollegen erfreut.

Im SharePoint hat man auch auf die bisherigen Verbesserungen für den Justizvollzug hingewiesen. Viele dieser positiven Verbesserungen waren jahrelange Forderungen der Gewerkschaft. ■

Auch der Rechtsausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 20. August 2020 mit der geplanten Ausbildungsreform. Der Minister stellte den Abgeordneten seine Pläne zur Neustrukturierung der Ausbildung vor. Gestützt und befürwortet wurde die Ausbildungsverkürzung von dem Abgeordneten **Roth, FDP**.

Kritik und viele Nachfragen hatten die **CDU-Abgeordneten Henter und Dr. Müller**, die auch einen Antrag – wie die **AfD** – auf Erörterung im Rechtsausschuss gestellt hatten.

Die Vertreter der **SPD-Fraktion** hielten den Vorschlag des Ministers für sinnvoll, zunächst die geplanten Veränderungen mit den Personalvertretungen und den Gewerkschaften zu erörtern.

Jörg Dennighoff begrüßte die Ausbildungsverkürzung

Enttäuscht und zornig waren die anwesenden Gewerkschaftler dann jedoch über den Redebeitrag des strafvollzugspolitischen Sprechers der **SPD-Fraktion** und Vorsitzenden der Strafvollzugskommission **Jörg Dennighoff**. Ohne zuvor auch nur einmal mit den Gewerkschaften Kontakt aufzunehmen und ins Gespräch zu kommen, begrüßte **Jörg Dennighoff** die Ausbildungsverkürzung ausdrücklich.

Seine Fraktionskollegen signalisierten hingegen ihre Gesprächsbereitschaft gegenüber den anwesenden Gewerkschaftsvertretern von **BSBD** und **verdi** in Sachen Neustruktur der Ausbildung. ■

Ausbildungsverkürzung wurde kontrovers diskutiert

Landesarbeitsgruppe der weiblichen Bediensteten im BSBD tagte

Die sehr engagierten Kolleginnen der Arbeitsgruppe trafen sich diesmal in Kaiserslautern zu ihrer Sitzung.

Nach kurzer Begrüßung wurde die geplante Ausbildungsverkürzung im Allgemeinen Vollzugsdienst hitzig diskutiert.

Alle anwesenden Kolleginnen sprachen sich gegen eine Verkürzung der Ausbildung auf 18 Monate aus. Sinnvoll und zielgerichtet sahen die Voll-

zugspraktikerinnen aber die Neuausrichtung der theoretischen Ausbildung. Schon seit Jahren wurde die nicht mehr zeitgemäße Ausbildung an der Justizvollzugschule in Wittlich von der AG kritisiert. Die Einführung sogenannter Lernfelder sei interessant und spannend, so die Kolleginnen. Weiteres Hauptthema war die Vorbereitung des Frauenseminars 2020. Dies wird in der Zeit vom 3. bis zum 4. Dezember 2020 in der Jugendherberge in Speyer statt-

finden. Die Überschrift des Seminars lautet: **Weibliche Bedienstete im Justizvollzug! Ausgebrannt – zwischen Familie und Beruf?**

Die Programmpunkte stehen schon fest. Fast alle Referenten/innen haben ihre Teilnahme zugesagt. Die Ausschreibung ist bereits erfolgt.

Im nächsten Jahr – nach der im März stattfindenden Landtagswahl – soll auch der Kontakt zu den Landtagsfraktionen vertieft werden.

Minister Mertin plant im Haushaltsentwurf Verbesserungen für den Justizvollzug

Gewerkschaft begrüßt die positive Entwicklung

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung am 1. September die Regierungsvorlage für den Haushalt 2021 beschlossen. Minister Mertin und die Landesregierung planen für den Bereich des rheinland-pfälzischen Justizvollzuges die Schaffung von 34 zusätzlichen Stellen.

Zunächst sind jedoch die angekündigten Einsparungen von 50 Planstellen für den Doppelhaushalt 2019/2020 bis zum Jahr 2027 ausgesetzt. Gut so! Obwohl sich kein Vollzugspraktiker vorstellen konnte, wie man bei der derzeit extrem angespannten Personalsituation – mit weit über 200.000 Überstunden – noch Personal abbauen soll, kommentierte Landesvorsitzender Winfried Conrad die Sachlage.

Neben den zusätzlichen Anwärterstellen für das 3. Einstiegsamt, dem Vollzugs- und Verwaltungsdienst, und der 1 Stelle der Besoldungsgruppe A 11 für die Justizvollzugsschule in Wittlich

haben die Gewerkschaftler besonders die 25 zusätzlichen Anwärterstellen für den AvD begrüßt. Auch die übrigen geplanten Verbesserungen sind notwendig und nachvollziehbar.

Auch die Beförderungssituation wird durch insgesamt 42 Stellenhebungen –

auch durch die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten der Folgebeförderungen – merklich verbessert.

Der Schwerpunkt der Hebungen liegt im Sozialen Dienst, aber auch der Bereich der Anstaltsleitungen und des AvD's wurden berücksichtigt.

Der BSBD freut sich insbesondere über die nunmehr geschaffenen Aufstiegsperspektiven für die Vollzugsdienstleiterinnen und Vollzugsdienstleiter in die Besoldungsgruppe A 10 und A 11. Hier sind fünf Stellen im zukünftigen Haushalt geplant.

Kleiner Wermutstropfen: die Werkdienstleiter wurden leider nicht berücksichtigt – kommt vielleicht noch.

Insgesamt – so Winfried Conrad – sind die geplanten Verbesserungen zu begrüßen und sind ein deutliches Zeichen dafür, dass man den rheinland-pfälzischen Justizvollzug nicht abgeschrieben hat.

Wer kritisiert muss auch Danke sagen können!



„Ausgebrannt – zwischen Familie und Beruf“

Seminar für weibliche Bedienstete findet im Dezember statt

Die Vertreterinnen der weiblichen Bediensteten trafen sich zu einer Arbeitssitzung in Wittlich. Zunächst war natürlich die Pandemie und ihre Auswirkungen auf den rheinland-pfälzischen Justizvollzug Thema.

Unisono vertraten die Kolleginnen die Auffassung, dass nur das disziplinierte Verhalten der Bediensteten des Justizvollzuges – insbesondere auch im pri-

vaten Bereich – ein „Überschwappen“ des Virus in unsere Vollzugseinrichtungen des Landes verhindert hat. Allen Kolleginnen und Kollegen – aus allen Laufbahnen – gilt hier der Dank für einen vorbildlichen Einsatz.

Leider fiel das Lob und der Dank für den hervorragenden Einsatz der Vollzugsfamilie – so die Auffassung der Gewerkschaft – von Seiten des Dienstherrn etwas dürftig aus. Geplant ist für

die weiblichen Bediensteten auch in diesem Jahr ein Seminar anzubieten. Vom 3. bis zum 4. Dezember 2020 wird in der Jugendherberge in Speyer eine Veranstaltung für 20 Kolleginnen zu dem Thema: „Ausgebrannt – zwischen Familie und Beruf“ angeboten.

Neben der Referentin Frau Lisa Klein, die zum Thema „Stress“ referieren wird, sind noch weitere Referenten/innen für das Seminar verpflichtet.



Nachruf

Der BSBD-Ortsverband Rohrbach trauert um sein langjähriges Mitglied

Gunter Diel

geb. 22.12.1960

Er verstarb für uns alle überraschend und völlig unerwartet im Juli 2020.

Wir werden ihn vermissen, aber auch in bleibender Erinnerung behalten und ihm allzeit ein ehrendes Gedenken bewahren.

Mit seinen Angehörigen fühlen wir uns in diesen schweren Stunden tief verbunden.

Ohne Dich – Zwei Worte, so leicht zu sagen und doch so endlos schwer zu ertragen.

Im Namen aller Kolleginnen und Kollegen des BSBD-Ortsverbandes Rohrbach

Mark Schallmo

Ortsverbandsvorsitzender